



NIEDERSCHRIFT

8. Sitzung (VIII. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 03.02.2011

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 24.01.2011 zu Grundwassernotmaßnahmen VIII/335
4. a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen VIII/334
b) Beratungen über die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes
5. Stellen- und Organisationsplan 2011 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe VIII/331
6. Umsetzung des Grundwasserkappungsmodells hier: Bürgerverträge zur anteiligen Finanzierung der Grundwasserkappungsmaßnahmen VIII/349
7. Mitteilungen
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

8. Sitzung des Hauptausschusses Donnerstag, 3. Februar 2011, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Brieske, Reinhard

Fonk, Petra

(als Vertreterin für Lieser, Wolfgang)

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Venten, Marc

Zimmermann, Frank

(als Vertreter für Heimanns, Hans-Bert)

SPD-Ratsfraktion

Jahny, Paul

Neumann, Max

Richter, Albert

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

FDP-Ratsfraktion

Gruhl, Hermann-Joseph

Wolf-Kluthausen, Hanne

(als Vertreter für Trautermann, Herbert)

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Houben, Wolfgang

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter

Beigeordneter Graaff, Rudolf

Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Stadtamtsrat Schröder, Achim

Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Stadtinspektor Raddatz, Felix

(Schriftführer)

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 8. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich einstimmig auf Vorschlag der Verwaltung gemäß § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse, den öffentlichen Teil dieser Sitzung wie folgt zu erweitern:

TOP II/6 Umsetzung des Grundwasserkappungsmodells

Die Nummerierung der ursprünglichen Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil dieser Sitzung ändert sich hierdurch entsprechend.

Zudem weist Bürgermeister Heinz Josef Dick darauf hin, dass für die heutige Sitzung folgende Unterlagen zugestellt bzw. verteilt wurden. Es handelte sich im Einzelnen um:

- Tischvorlage VIII/349 – Umsetzung Grundwasserkappungsmodell nebst Anlagen
- Wirtschaftlichkeitsberechnung Gebäude A (Techn. Rathaus)
- Anträge der Fraktionen zu TOP II/4 Haushalt
- Anschreiben für die Ortsteile Pesch und Raderbroich zum Thema Grundwasser

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel benannt.

3. Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 24.01.2011 zu Grundwassernotmaßnahmen

Ausschussmitglied Hans-Lothar Endell spricht die aktuelle Rekordhöhe der Grundwasserstände an und macht auf daraus resultierende Schäden aufmerksam. Die weitere Entwicklung der Grundwasserstände sei ungewiss, aber eher ansteigend. Daher müssten Notmaßnahmen ergriffen werden. Im Folgenden schlägt er zwei Alternativen vor:

- Entweder könne man Notmaßnahmen nur in Kleinenbroich durchführen, da dort schon zwei Brunnen existieren.

- Die andere Möglichkeit wäre eine gekoppelte Vorgehensweise. Hierzu erläutert er, dass erst dann Notmaßnahmen ergriffen werden könnten, wenn die erforderlichen Unterschriften im Rahmen des Erftverbandsmodells vorlägen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick geht auf den Antrag von Die Aktive ein und entgegnet, dass ein weiterer Brunnen in Kleinenbroich und Pesch gebohrt werden müsste. Das Erftverbandsmodell sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar.

Ausschussmitglied Marc Venten zweifelt die Umsetzbarkeit der Vorschläge aus technischer Sicht an. Im Gegensatz zu Herrn Endell sehe er keine Verbindung zwischen Notfallpumpmaßnahmen und dem Erftverbandsmodell.

Ausschussmitglied Albert Richter sieht die Vorschläge der Aktiven ebenfalls als nicht realistisch an.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen kann den Antrag nachvollziehen, äußert aber Bedenken hinsichtlich der Finanzierung.

Bürgermeister Heinz Josef Dick macht darauf aufmerksam, dass Herrenshoff trotz Pumpmaßnahmen ähnlich wie Raderbroich trotzdem Grundwasserprobleme haben würde. Weiterhin führt er aus, dass er in erster Linie die Umsetzung der beiden vorgestellten Alternativen als in zeitlicher Hinsicht nicht realistisch ansehe. Anschließend geht er auf das Erftverbandsmodell ein. Den Abschluss der entsprechenden Verträge mit dem Erftverband prognostiziert er mit Ende April/Anfang Mai 2011.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben kritisiert, dass viele Bürger das Erftverbandsmodell nicht verstünden. Er äußert die Befürchtung, dass der Antrag der Aktiven sinnlos sein könnte. Die Grundwasserhöchststände würden jedes Jahr nur für kurze Zeit anhalten, danach gingen sie wieder runter.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack kritisiert den Umgang mit der Grundwasserproblematik in den letzten zehn Jahren. Er sieht insbesondere die Stadt in der Pflicht, die Bürger zu schützen. Weiterhin kritisiert er die 80/20-Regelung der Stadt Korschenbroich mit dem Erftverband dahingehend, dass nur der Bürger bezahlen würde. Er regt an, den entsprechenden Ratsbeschluss zu kippen. Im übrigen befürwortet er ein solidarisches Engagement aller an Pumpmaßnahmen Beteiligter.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt klar, dass die 80/20-Regelung nicht zur Diskussion stünde. Die Beratungen seien bereits seit Jahren im Zuge eines demokratischen Prozesses erfolgt.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bekräftigt, dass sich der Grundwasserstand nicht voraussagen lasse. Wenn man etwas tun wolle, dann jetzt.

Beschluss-Nr. VIII/335	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Ratsfraktion Die Aktive vom 24.01.2011 zu Grundwassernotmaßnahmen bei 2 Ja-Stimmen der Aktiven, 11 Nein-Stimmen von CDU und SPD sowie 3 Stimmenthaltungen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab.	

- 4. a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen**
b) Beratungen über die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert einleitend die neuste Entwicklung der Haushaltsplanung für 2011. Er informiert über Änderungen im Ergebnisplan sowie im Finanzplan.

Bürgermeister Heinz Josef Dick schlägt dem Hauptausschuss vor, die Haushaltsberatungen anhand einer von ihm erstellten Agenda vorzunehmen. In dieser seien die verschiedenen Haushaltsanträge der Fraktionen zu übergeordneten Themenbereichen zusammengefasst. Die Haushaltsberatungsagenda ist der Niederschrift als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil beigelegt. Im Übrigen sind die Anträge der Ratsfraktionen zum Haushalt 2011 dieser Niederschrift als Anlage 2 – 5 (CDU/SPD, Die Aktive, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) und wesentlicher Bestandteil beigelegt.

4 a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen

4.1 Personalaufwendungen

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert einleitend die Personalaufwendungen der Stadt Korschenbroich und hebt das Personal im Bereich Kindergärten als großen Kostenblock hervor. Anschließend stellt der Bürgermeister die Anträge der Fraktionen zu diesem Themenbereich im Hauptausschuss zur Diskussion.

4.1.1 Abbau einer Stelle Innerer Verwaltung und Stadtpflege (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell macht deutlich, das Personal, welches für freiwillige Leistungen tätig ist, abgebaut werden sollte. Diesbezüglich visiere er zum einen eine Stelle beim Stadtpflegebetrieb, zum anderen eine Stelle im Bereich der Inneren Verwaltung (Grundwasser, Öffentlichkeitsarbeit) an. Die betroffenen Personen könnten seiner Meinung nach eine andere Tätigkeit innerhalb der Stadt Korschenbroich ausüben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass zurzeit im Bereich Grundwasser kein Personal eingespart werden könnte, da ein enormer Abwicklungsaufwand (Verträge, Befragungen) im Zusammenhang mit dem Erftverbandsmodell bestünde. Somit sei dieser Vorschlag frühestens 2012 realisierbar.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stellt klar, dass er sich auch auf das Jahr 2012 beziehe.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert, dass vor jeder Personalkürzung eine Aufgabenkritik notwendig sei. Dies werde daraus deutlich, dass hinter jeder Personaldiskussion eine konkrete Leistung stehe. Wenn, dann müsse man Leistungen streichen und nicht pauschal Personal. Anschließend verteidigt der Bürgermeister die Pressearbeit und stellt die Notwendigkeit einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit heraus. Er unterstreicht, dass Personaleinsparungen von anderen städtischen Bediensteten der Stadt nicht 1 : 1 aufgefangen werden könnten. Ohne Aufgabenkritik gebe es keine Personalkürzungen.

Ausschussmitglied Peter Berger sieht den großen Anteil der Personalkosten innerhalb der freiwilligen Leistungen auch. Aus seiner Sicht seien jedoch die bislang im Haushaltssicherungskonzept beschlossenen Einsparungen ausreichend.

Ausschussmitglied Paul Jahny verdeutlicht, dass die Einsparungsbeschlüsse im Bereich Personal bereits gefasst seien. Er äußert die Notwendigkeit, im Vorfeld von Personaleinsparungen zunächst festzulegen, welche Leistungen reduziert werden sollen und nicht Personal pauschal zu kürzen. Das Personal-Leistungs-Verhältnis müsse stimmen.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht den GPA-Bericht 2008 an. Wie dort festgestellt, lägen die Personalkosten in der Kernverwaltung der Stadt Korschenbroich bereits unter dem Durchschnitt. Dennoch seien zusätzlich im Haushaltssicherungskonzept ergänzende Einsparungen beschlossen worden. Weitere Einsparungen seien daher zunächst nicht möglich. Anschließend geht Marc Venten auf das Thema Stadtpflege genauer ein. Ein interkommunaler Vergleich mit der Stadtpflege in Kaarst hätte ergeben, dass der Betrieb in Korschenbroich sehr gut aufgestellt sei. Eine pauschale Streichung von Stellen sei daher nicht zu befürworten.

Beschluss-Nr. VIII/334.1	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag von Die Aktive, jeweils eine Stelle im Bereich der Inneren Verwaltung und Stadtpflege abzubauen mit 2 Ja-Stimmen von Die Aktive und 2 Stimmenthaltungen der FDP, ab.	

4.1.2 Pflegestandard Sportplätze/Park- und Gartenanlagen um jeweils 20 % herabzusetzen (FDP)

Ausschussmitglied Marc Venten erläutert, dass der Abbau von Stellen- und Pflegestandards zusammenhänge. Bei einer Herabsetzung der Standards um 20 % müsse auch Personal entsprechend abgebaut werden.

Ausschussmitglied Paul Jahny befürwortet das Thema Sponsoring, um Kosten der Stadt zu senken. Allerdings müssten zunächst Sponsoren gefunden werden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben informiert darüber, dass der Stadtpflegebetrieb zurzeit sogar spezielle Leistungen fremdvergeben müsse. Aus dem Abbau von Pflegestandards würde demnach kein Personalabbau für die Stadt resultieren, nur Fremdvergaben wären dann nicht mehr notwendig.

Ausschussmitglied Albert Richter unterstreicht, dass seitens der Stadt keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Vielmehr empfehle er eine Aufgabenkritik des Auftraggebers. Auftraggeber sei aus seiner Sicht nicht der Stadtpflegebetrieb, sondern die Fachausschüsse, welche die Aufträge erteilen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel informiert darüber, dass ein entsprechender Antrag bereits im Schulausschuss gestellt wurde.

Beschluss-Nr. VIII/334.2	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP, die Pflegestandards für Sportplätze, Park- und Gartenanlagen um jeweils 20 % herabzusetzen, bei 2 Ja-Stimmen der FDP und 2 Stimmenthaltungen von Die Aktive ab.	

4.1.3 Angebot des Rhein-Kreises Neuss zur Übernahme des Lohnbüros prüfen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Bürgermeister Heinz Josef Dick favorisiert den Einstieg in eine entsprechende Diskussion im Jahre 2012/2013.

Ausschussmitglied Marc Venten signalisiert seine Zustimmung zu dem Antrag der FDP-Fraktion.

Ausschussmitglied Paul Jahny befürwortet diese Form der interkommunalen Zusammenarbeit. Im Vorfeld einer Entscheidung sollte jedoch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung ange stellt werden.

Beschluss-Nr. VIII/334.3	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung einstimmig, das Angebot des Rhein-Kreises Neuss zur Übernahme des Lohnbüros zu prüfen.	

4.1.4 Beigeordnetenstelle (Bündnis90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben geht auf das mögliche Freiwerden einer Beigeordne-tenstelle der Stadt Korschenbroich ein und empfiehlt diesbezüglich eine Wiederbesetzungs-sperre. Alternativ könnten auch Einsparungen durch die spätere Neubesetzung und vorüber-gehende kommissarische Führung durch einen der Amtsleiter erreicht werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick will zunächst eine endgültige Entscheidung in dieser Sache abwarten, bevor diesbezüglich weiter diskutiert werden solle. Eine Sitzung des Ältestenrates sei schon terminiert.

Der Antrag der Bündnis90/Die Grünen wird nicht zur Abstimmung gestellt.

4.2 Zentralisierung der Verwaltung (Anträge CDU/SPD und Die Aktive)

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert anhand der dieser Niederschrift als Anlage 2 und wesentlicher Bestandteil beigefügten Haushaltsberatungsagenda die mögliche Vorgehens-weise hinsichtlich der Verwaltungszentralisierung.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht den Sanierungsbedarf der vom Stadtpfle-gebetrieb genutzten Halle Friedrich-Ebert-Straße an.

Daraufhin stellt Bürgermeister Heinz Josef Dick die möglichen Verfahrensweisen in dieser Thematik dar. Entweder käme eine Sanierung der Halle in Frage, oder die provisorische Umlagerung des dort eingelagerten Inventars.

Ausschussmitglied Albert Richter präferiert eine Verwaltungszentralisierung. In diesem Zusammenhang spricht er die zukünftig sinkenden Schülerzahlen und das daraus resultierende Freiwerden des A-Gebäudes des Gymnasiums an. Des Weiteren sei erst vor kurzem ein Blockheizkraftwerk (BHKW) im Bereich des Gymnasiums installiert worden. Die Idee der Verwaltungszentralisierung sei nun weiter zu entwickeln. Er vertritt die Auffassung, anhand einer Vision für die Stadt Schritt für Schritt vorwärts zu gehen. Heute ginge es darum, die städtebauliche Vision der Stadt Korschenbroich zu verwirklichen. Ein wichtiges Kriterium, welches der Entscheidung über die Zentralisierung der Verwaltung zugrunde gelegt werden solle, sei die Wirtschaftlichkeit. Er stellt heraus, dass die Verwaltungszentralisierung aus heutiger Sicht richtig erscheine. Daher solle nun erstes Geld in die Hand genommen werden.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht Probleme und Chancen im Zusammenhang mit der Verwaltungszentralisierung an. Als Resultat des demographischen Wandels stünde in naher Zukunft der Gebäudeteil A des Gymnasiums frei. Dieser könne nicht vermarktet werden, so dass entweder ein Rathausbau, oder ein Abriss in Frage käme. Anschließend betrachtet er die Situation der Verwaltungsgebäude Hindenburgstraße und Friedrich-Ebert-Straße. Diese seien seiner Meinung nach sehr sanierungsbedürftig und stellten daher nur Provisorien dar. Insofern müsse so oder so Geld in die Hand genommen werden. Heute biete sich die einmalige Chance, die Probleme im Zusammenhang mit der Verwendung des A-Gebäudes und der Vermarktung der alten Verwaltungsgebäude zu lösen. Gleichwohl sei ihm die Problematik der Unterbringung des Stadtpflegebetriebes bekannt.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell sieht das Problem möglicher Kostensteigerungen im Zusammenhang mit der Zentralisierung und mögliche Schwierigkeiten der Vermarktung der alten Verwaltungsgebäude. Wenn beispielsweise das Verwaltungsgebäude des jetzigen Archivs nicht vermarktet werden könnte, sei seiner Meinung nach keine Wirtschaftlichkeit mehr gegeben.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bekräftigt, dass Verwaltungsgebäude erst vermarktet werden könnten, wenn über die Zentralisierung der Verwaltung entschieden sei. Bezüglich der Erzielung von Grundstückserlösen äußert er sich optimistisch. Die Höhe der Erlöse sei jedoch zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Eine von Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell angesprochene Detailrechnung sei sicherlich notwendig, wenn man die Visionen im Zuge des demographischen Wandels verwirklichen wolle. Er führt aus, dass der Umbau des Gebäudeteiles A einer Investition in alte Substanzen aus wirtschaftlichen Gründen vorzuziehen sei, allerdings müssten auch Auswirkungen auf Gebühren im Detail geprüft werden.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt die städtebaulichen Vorteile einer Verwaltungszentralisierung in den Vordergrund. Eine Investition in alte Substanz sei aus ihrer Sicht nicht sinnvoll. Im Anschluss erkundigt sie sich nach dem neuen Standort des Stadtpflegebetriebes.

Bürgermeister Heinz Josef Dick antwortet, dass diese Frage noch nicht geklärt sei. Diesbezüglich müsse konkret diskutiert werden. Daher regt der Bürgermeister eine baldige Entscheidung in der Sache an.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt klar, dass neue Standorte für den Stadtpflegebetrieb untersucht werden müssten.

Ausschussmitglied Jutta Goebel erkundigt sich nach einer möglichen Verwertung der EDV-Technikstation im Gebäude „Hindenburgstraße 56“.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze geht auf die Substanz dieses Gebäudes ein. Zusätzlich regt er an, über eine Vermietung des Gebäudes nachzudenken. Er führt aus, dass das weitere Verfahren hinsichtlich der EDV-Technikstation noch diskutiert werden müsse.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stimmt Herrn Schultze zu und stellt die Erarbeitung eines diesbezüglichen Konzeptes in Aussicht. Heute gehe es jedoch um die Grundsatzentscheidung, ob die Verwaltungszentralisierung in Gang gesetzt werden soll, oder nicht.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack erkundigt sich nach der Wirtschaftlichkeitsberechnung der Verwaltung und fragt nach, wie man weiter vorgehen sollte, wenn die alten Verwaltungsgebäude nicht vermarktet werden könnten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass diese Frage noch nicht beantwortet werden könne. Er macht deutlich, dass erst dann mit Investoren geredet werden könne, wenn die Verlässlichkeit in Form einer Grundsatzentscheidung gegeben sei.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze stellt ebenfalls die Notwendigkeit einer Grundsatzentscheidung im Vorfeld weiterer Detailrechnungen heraus.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erkundigt sich nach dem Zeitpunkt des Umzuges des Bürgerbüros.

Bürgermeister Heinz Josef Dick datiert diesen auf den 01.01.2012. Die Marschroute sehe zunächst den Umzug des Bürgerbüros vor und anschließend die Verwirklichung des „technischen Rathauses“ im Gebäudeteil A des Gymnasiums.

Der gemeinsame Antrag von CDU und SPD bezüglich der Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und der Antrag der Aktive, die Haushaltsansätze zu streichen, werden von den entsprechenden Fraktionen zurückgezogen.

Beschluss-Nr. VIII/334.4	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung einstimmig, ein Nutzungskonzept für die derzeit durch die Verwaltung genutzten Gebäude und Freiflächen an der Friedrich-Ebert-Straße und der Hindenburgstraße für den Fall der Verlagerung dieser Verwaltungseinheiten in das A-Gebäude des Gymnasiums Korschenbroich zu entwickeln und vorzulegen.</p> <p>Bei der Entwicklung dieses Nutzungskonzeptes soll vorrangig geprüft werden, ob sich die Lage der Objekte für eine potenzielle Einrichtung für altersgerechtes Wohnen (Seniorenpflegeheim/Seniorenwohnungen) eignet.</p>	

4.3 Freiwillige Leistungen

Bürgermeister Heinz Josef Dick präsentiert die Summe der freiwilligen Leistungen der Stadt Korschenbroich und die im Haushaltssicherungskonzept beschlossenen Einsparungen in diesem Bereich. Anschließend stellt er die bislang erfolgten Einsparungen im Detail vor (Anlage 2).

4.3.1 Vermögenseigenschadenversicherung (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag der Aktive. Er bezeichnet den Beibehalt der Vermögenseigenschadenversicherung als nicht rentabel, da die Beiträge der Stadt in den letzten Jahren die Auszahlungsbeträge der Versicherung überstiegen.

Ausschussmitglied Peter Berger macht auf die durch die Vermögenseigenschadenversicherung abgedeckten Risiken aufmerksam und lehnt einen Austritt ab. Ferner regt er an, eine günstigere Versicherung zu suchen.

Beschluss-Nr. VIII/334.5	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Aktiven, die Vermögenseigenschadenversicherung zu kündigen, bei 2 Ja-Stimmen von Die Aktive und 2 Stimmenthaltungen der FDP ab.	

4.3.2 Feierstunde „Tag der Deutschen Einheit“ (Die Aktive, FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen bezeichnet die Weiterführung der Ausrichtung seitens der Stadt als nicht notwendig.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell stimmt dem zu.

Ausschussmitglied Peter Berger lobt die Veranstaltung. Er zeigt auf, dass es sich hierbei um einen relativ kleinen Betrag handelte. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Veranstaltungen, auf welchen sich die Stadt Korschenbroich präsentiert, immer weiter abnehme, lehnt er eine Streichung des Haushaltsansatzes ab.

Ausschussmitglied Albert Richter stimmt den Ausführungen von Ausschussmitglied Peter Berger zu. Er erwähnt die Wichtigkeit des Tages und die Notwendigkeit, dass die Stadt die Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit ausrichtet.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben pflichtet Ausschussmitglied Albert Richter bei.

Beschluss-Nr. VIII/334.6	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt bei 4 Ja-Stimmen von Die Aktive und FDP den Antrag der Fraktionen FDP und Die Aktive, die Ausrichtung einer Feierstunde am Tag der Deutschen Einheit aufzugeben, ab.	

4.3.3 Zuschüsse an Fraktionen um 20 % kürzen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell spricht sich für eine Kürzung der Fraktionszuschüsse analog zur erfolgten Kürzung der Vereinszuschüsse aus.

Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet die Thematik als bereits abgehandelt.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben gibt zu bedenken, dass eine Kürzung der Fraktionszuschüsse um 20 % nur konsequent sei.

Beschluss-Nr. VIII/334.7	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt bei 3 Ja-Stimmen von Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen sowie einer Stimmenthaltung des Bürgermeisters den Antrag der Aktiven, die Fraktionszuschüsse um 20 % zu kürzen, ab.	

4.3.4 Austritt Arbeitsrechtliche Vereinigung (Die Aktive)

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert die Vorteile für die Stadt in Verbindung mit der Mitgliedschaft in der Arbeitsrechtlichen Vereinigung anhand der angebotenen Serviceleistungen.

Daraufhin zieht Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell den Antrag von Die Aktive zurück.

4.3.5 Aus- und Fortbildung Frauenförderung um 50 % kürzen; Aus- und Fortbildung (Allgemein) um 1/3 kürzen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen führt aus, dass der im Haushaltsplan etatisierte Betrag für Aus- und Fortbildung von vornherein nicht ausreichend sei. Insbesondere hält sie eine zeitgemäße Behandlung des Themas Gleichberechtigung für erforderlich.

Ausschussmitglied Albert Richter erklärt, dass im Bezug auf den Rhein-Kreis Neuss die von der Stadt Korschenbroich vorgesehenen Mittel für Fort- und Ausbildung vergleichsweise gering seien. Zur Gewährleistung von Mindeststandards sind seiner Meinung nach weitere Kürzungen nicht mehr akzeptabel.

Bürgermeister Heinz Josef Dick informiert, dass im derzeitigen Haushaltsansatz für 2011 umgerechnet ca. 73,00 € pro Mitarbeiter für Aus- und Fortbildung zur Verfügung stünden. Dies stelle den niedrigsten Wert im Rhein-Kreis Neuss dar.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen merkt an, dass die Beträge so niedrig seien, dass sie eigentlich komplett gestrichen werden könnten.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt dar, dass mit dem zur Verfügung stehenden Betrag gewirtschaftet werde. Weiterhin sei eine Kürzung der Zuschüsse bei der Frauenförderung um 20 % bereits erfolgt.

Die FDP-Fraktion zieht ihre Anträge im Zusammenhang mit der Kürzung von Mitteln für Aus- und Fortbildung zurück.

4.3.6 Sportlerehrung 20 % kürzen (Die Aktive)

Bürgermeister Heinz Josef Dick führt aus, dass eine gewisse Qualität der Sportlerehrung notwendig sei. Er empfiehlt, entweder die Mittelbereitstellung auf dem jetzigen Niveau zu lassen, oder den Haushaltsansatz in Gänze zu streichen.

Diese Auffassung wird von Ausschussmitglied Marc Venten ebenfalls vertreten.

Beschluss-Nr. VIII/334.9	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag von Die Aktive, den Haushaltsansatz Sportlerehrung um 20 % zu kürzen, bei 2 Ja-Stimmen von der Aktiven, ab.	

4.3.7 Hallenbad: Energieeinsparungen und Erhöhung der Eintrittspreise (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag von Die Aktive und begründet die Notwendigkeit der Erhöhung der Eintrittspreise des Hallenbades.

Ausschussmitglied Marc Venten gibt zu bedenken, dass aufgrund der regionalen Konkurrenzsituation die Eintrittspreise niedrig gehalten werden müssten.

Ausschussmitglied Albert Richter spricht sich ebenfalls gegen eine Erhöhung der Eintrittspreise aus. Er ergänzt, dass den Vereinen bereits Zuschüsse gekürzt wurden und die Erhöhung der Eintrittspreise des Hallenbades Korschenbroich eine weitere Belastung für das Vereinsleben in Korschenbroich darstelle.

Beschluss-Nr. VIII/334.10	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag von Die Aktive, Energiekostensenkungen und Einsparungen durch Erhöhung der Eintrittspreise im Bereich Hallenbad zu realisieren, bei 2 Ja-Stimmen von Die Aktive, ab.	

4.3.8 Kultur: Zuschussbedarf auf 120.000,00 € festschreiben (CDU / SPD)

Das Ausschussmitglied Marc Venten bezieht sich auf die vorherigen Ausführungen des Bürgermeisters im Zuge der als Anlage beigefügten Präsentation und bezeichnet das Einsparpotenzial im Bereich Kultur für 2011 als erzielt. Weitere Mittel könnten zum jetzigen Zeitpunkt nicht gekürzt werden. Der Etat sollte auch zukünftig auf 120.000,00 € festgeschrieben werden.

Daraufhin erklärt Bürgermeister Heinz Josef Dick die Anträge der Aktiven und FDP im Bereich Kultur für abgehandelt.

Beschluss-Nr. VIII/334.11	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich einstimmig die Festschreibung des Zuschussbedarfes für Kultur auf 120.000,00 €.	

4.3.8 Beförderungskosten/Zuschuss SÄG streichen (CDU / SPD, Die Aktive, FDP)

Beschluss-Nr. VIII/334.12	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, den Haushaltsansatz für die Bezuschussung der Beförderungskosten Verein, Sport, Ältere Generation (Sachkonto-Nr. 529100) aus dem Haushaltsplan zu streichen.	

4.3.9 Beitrag zur Rettung Schiffsbrüchiger streichen (FDP)

Der Antrag wird zurückgezogen.

4.3.10 Seniorennachmittag auf 10.000,00 € festschreiben (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen verweist auf das Preis-Leistungs-Verhältnis im Zusammenhang mit dem Seniorennachmittag und bezeichnet eine Deckelung des Zuschusses auf 10.000,00 € als verkraftbar. Die gekürzten Mittel könnten mit Hilfe von Sponsoren ausgeglichen werden.

Das Ausschussmitglied Marc Venten verweist auf die Ausführungen zum Antrag der Aktiven, die Mittel für die Sportlerehrung um 20 % zu kürzen. Er unterstreicht, dass entweder die jetzige Qualität erhalten werden müsse, oder eine komplette Streichung des Haushaltsansatzes erfolgen müsse.

Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt nach, ob das Budget für den Seniorennachmittag ausgeschöpft werde.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff erklärt hierzu, dass sich der für den Seniorennachmittag etatisierte Betrag zum einen aus Personalkosten und zum anderen aus Sachkosten zusammensetze. Seiner Meinung nach sei die Erhaltung der Qualität des Seniorennachmittages im Falle einer Kürzung nicht mehr möglich.

Beschluss-Nr. VIII/334.13	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt bei 2 Ja-Stimmen der FDP und 2 Stimmenthaltungen von Die Aktive den Antrag der FDP, die Mittel für den Seniorennachmittag auf 10.000,00 € festzuschreiben, ab.	

4.3.11 Schuldnerberatungsstelle auf Rhein-Kreis Neuss übertragen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff entgegnet hierzu, dass im Falle einer Kürzung des Haushaltsansatzes die Beratungsstelle für Schuldner nicht weiter angeboten werden könne. Anschließend empfiehlt er eine Neukonzeptionierung der Schuldnerberatung für 2012.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert die Notwendigkeit der Schuldnerberatung vor Ort.

In der Folge wird der Antrag der FDP zurückgezogen.

4.3.12 Naturschutz- und Landschaftspflege: Zuschussbedarf auf 36.000,00 € festsetzen (CDU / SPD)

Ausschussmitglied Peter Berger verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass eine Deckelung auf 36.000,00 € ausreiche. Dieser Ansicht wolle sich seine Fraktion anschließen.

Beschluss-Nr. VIII/334.14	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, den Zuschussbedarf für den Bereich Naturschutz- und Landschaftspflege für den mittelfristigen Planungszeitraum auf 36.000,00 € festzusetzen.	

4.3.13 Endreinigung Kirmesplätze um 20 % kürzen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen geht auf die Notwendigkeit weiterer Kürzungen ein.

Ausschussmitglied Albert Richter entgegnet, dass Kürzungen bereits stattgefunden hätten und weitere Einsparungen in diesem Bereich Wortbruch bedeuteten.

Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet die bereits erfolgte Kürzung bezüglich der Endreinigung der Kirmesplätze als zurzeit ausreichend.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell fragt nach, ob über die Kürzung der Endreinigung und die Kürzung der Absperrmaßnahmen der Kirmesplätze getrennt abgestimmt werde.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bejaht dies und geht auf den Unterschied genauer ein.

Beschluss-Nr. VIII/334.15	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP, die Endreinigung der Kirmesplätze zusätzlich zu den bereits im Rat gekürzten 2.200,00 € um 3.200,00 € zu kürzen, bei 2 Ja-Stimmen von FDP und 3 Stimmenthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Aktive, ab.	

4.3.14 Absperrmaßnahmen Kirmesplätze um 20 % kürzen (Die Aktive)

Beschluss-Nr. VIII/334.16	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag von Die Aktive, den Haushaltsansatz für Absperrmaßnahmen Kirmesplätze um 20 % zu kürzen, bei 5 Ja-Stimmen von Die Aktive, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und 11 Nein-Stimmen von CDU und SPD, ab.	

4.4 Planen, Bauen, Verkehr

4.4.1 Kleinspielfeld in Kleinenbroich in 2011 streichen (CDU / SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter stellt klar, das beabsichtigt sei, den Haushaltsansatz nur für 2011 zu streichen. Wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorlägen, könne mit dem Bau evtl. 2012 begonnen werden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben fragt nach, ob der Haushaltsansatz in das Jahr 2012 vorgetragen werden soll, oder ganz weg fällt.

Ausschussmitglied Albert Richter antwortet, dass der Haushaltsansatz in das Jahr 2012 oder in spätere Jahre „geschoben“ wird.

Bei der folgenden Abstimmung war das Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl nicht anwesend.

Beschluss-Nr. VIII/334.17	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, die im Haushaltsentwurf veranschlagten Mittel für die Errichtung eines Kleinspielfeldes im Ortsteil Kleinenbroich in Höhe von 150.000,00 € aus dem Haushaltsplan 2011 herauszunehmen.	

4.4.2 Nördlicher Teil Novalisstraße in 2011 streichen (CDU / SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten bezeichnet den entsprechenden Straßenabschnitt als nicht schön, aber noch verkraftbar. Daher befürworte er eine „Schiebung“ des Haushaltsansatzes.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bestätigt die Auffassung seines Vorredners.

Beschluss-Nr. VIII/334.18	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
----------------------------------	--

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat einstimmig, die im Haushaltsentwurf für den Ausbau des nördlichen Teils der Novalisstraße angesetzten Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 € aus dem Haushaltsplan 2011 herauszunehmen.

4.4.3 Städteplanerisches Konzept Kleinenbroich entwickeln (CDU / SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert die aktuelle Situation in Kleinenbroich und geht insbesondere auf die Neubaugebiete ein. Weiterhin führt er aus, dass die Entwicklung des städteplanerischen Konzeptes in Kleinenbroich aus den bisher eingestellten Haushaltsmitteln geleistet werden und der entsprechende Haushaltsansatz nicht erhöht werden sollte.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stimmt den Ausführungen des Ausschussmitgliedes Albert Richter zu.

Ausschussmitglied Jutta Goebel fragt nach, ob die Erstellung des Konzeptes tatsächlich aus eigenen Mitteln zu leisten sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet hierzu, dass evtl. andere Maßnahmen „gescho-ben“ werden müssten.

Beschluss-Nr. VIII/334.19	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
----------------------------------	--

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich empfiehlt dem Rat bei 1 Stimmenthaltung von Die Aktive, ein städteplanerisches Konzept für die Weiterentwicklung des Ortsteils Kleinenbroich aus den im Haushaltsplan eingestellten Planungsmitteln zu entwickeln und vorzulegen.

4.4.4 Reduzierung Haushaltsansatz Verkehrsgutachten Korschenbroich (Die Aktive, FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht sich gegen die Erstellung eines Verkehrsgutachtens für Korschenbroich aus.

Ausschussmitglied Marc Venten unterstreicht, dass es sich bei dem Gutachten nur um eine Analyse der Verkehrssituation handelte.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen entgegnet, dass sicherlich ein billigeres Gutachten möglich sei.

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert die Zielsetzung des Gutachtens. Er sagt auch, dass ein solches Verkehrsgutachten dem Bürgerwunsch entspreche. Ein Gutachten der Verkehrssituation sei notwendig, um eine Beratungsgrundlage für weitere Überlegungen zu haben.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich, warum im Haushaltsplan in den Erläuterungen „Sperrung der Straße“ stünde.

Bürgermeister Heinz Josef Dick spricht die Vorüberlegungen bzw. die Bürgerwünsche und die Beratungen in den Ausschüssen an. Er kommt zu dem Ergebnis, das für eine fundierte politische Entscheidung ein solches Gutachten unabdingbar sei.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze ergänzt, dass bereits letztes Jahr schon über die Kosten eines solchen Gutachtens diskutiert worden sei. Der Haushaltsansatz könne aus Verwaltungssicht nicht gekürzt werden.

Ausschussmitglied Marc Venten geht auf verschiedene gescheiterte Versuche der Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum ein. Er spricht sich für die Durchführung des Verkehrsgutachtens aus, um eine Grundlage für weitere Analysen zu erhalten.

Beschluss-Nr. VIII/334.20	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag von Die Aktive und der FDP, den Haushaltsansatz für das Verkehrsgutachten Korschenbroich zu reduzieren, bei 4 Ja-Stimmen von Die Aktive und FDP ab.	

4.4.5 Straßenkataster inkl. Software zurückstellen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht die Vorteile eines solchen Straßenkatasters an und bezieht sich unter anderem auf den GPA-Bericht 2008. Der defizitäre Haushalt erfordere jedoch eine Schiebung des Haushaltsansatzes.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze merkt an, dass der Haushaltsansatz bereits letztes Jahr geschoben worden sei. Diesmal habe die Verwaltung weniger Geld in den Haushalt eingestellt. Das Straßenkataster sei notwendig für eine effektive Verwaltungsarbeit, da die Datenerfassung als Grundlage für die Straßenunterhaltung diene.

Ausschussmitglied Peter Berger führt aus, dass die Verwaltung gegenüber letzten Jahres eine preiswertere Variante gefunden habe. Daher sollte man den Punkt nicht streichen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich nach den Folgejahren.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze entgegnet, dass ein Straßenkatasterprogramm laufend gepflegt werden müsse. Daher könne auch auf eine entsprechende Software nicht verzichtet werden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erklärt, dass der Haushaltsantrag Nr. 5 (Frostschäden der Bündnis 90/Die Grünen) im Zuge der Diskussion über das Straßenkataster hiermit als abgehandelt angesehen werden könne.

Ausschussmitglied Albert Richter ergänzt, dass ein Straßenkataster auch bei Dichtigkeitsprüfungen hilfreich sein könnte.

Beschluss-Nr. VIII/334.21	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP, dass Straßenkataster inkl. Software zurückzustellen, bei 2 Ja-Stimmen der FDP, ab.	

4.4.6 Fußgängerzone (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Haushaltsantrag der Bündnis 90/Die Grünen, den Innenstadtbereich attraktiver zu gestalten und für den Bereich Steinstraße bis Mühlenstraße eine Fußgängerzone einzurichten.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erwidert, dass zunächst das Verkehrsgutachten Ortskern Korschenbroich abgewartet werden sollte, bevor über die Einrichtung einer Fußgängerzone entschieden werde.

Ausschussmitglied Albert Richter spricht sich ebenfalls dafür aus, das Verkehrsgutachten abzuwarten.

Ausschussmitglied Marc Venten stellt klar, dass die CDU-Fraktion keine Fußgängerzone befürworte. Diesbezüglich führt er den negativen Einfluss auf die Wirtschaft, den eine solche Zone haben würde, an.

Beschluss-Nr. VIII/334.22	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für den Bereich Steinstraße bis Mühlenstraße eine Fußgängerzone einzurichten, bei 1 Ja-Stimme von Bündnis 90/Die Grünen, ab.	

4.4.7 Parkraumbewirtschaftung (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, den Einsatz der Parkscheibe auf allen Parkplätzen im öffentlichen Raum vorzuschreiben und in den Zentralbereichen der Ortsteile die Erhebung von Parkgebühren zu prüfen.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich gegen den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen aus. Er sieht das kostenfreie Parken insbesondere als einen Standortvorteil an, auf den nicht verzichtet werden sollte. Im Übrigen gebe es zum Teil schon Parkscheibenregelungen. Abschließend verweist er den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen auf den Fachausschuss.

Beschluss-Nr. VIII/334.23	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, den Einsatz der Parkscheibe auf allen Parkplätzen im öffentlichen Raum vorzuschreiben und in den Zentralbereichen der Ortsteile die Erhebung von Parkgebühren zu prüfen, bei 1 Ja-Stimme von Bündnis 90/Die Grünen, ab.	

4.4.8 Städtische Wohnungen (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben favorisiert die Ablösung noch vorhandener Ofenheizungen durch modernere Heizungen in städtischen Wohnungen.

Ausschussmitglied Albert Richter macht deutlich, dass er den Bedarf der Heizungsmodernisierung nicht sehe, da nicht jeder eine Ofenheizung ablehnen würde. Im Übrigen sei der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen ein Thema für das Gebäudemanagement.

Bürgermeister Heinz Josef Dick schlägt vor, die Thematik im Fachausschuss (Bauausschuss) weiter zu behandeln. Diesbezüglich könnte sich der Hauptausschuss für einen entsprechenden Prüfauftrag aussprechen.

Beschluss-Nr. VIII/334.24	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beauftragt die Verwaltung, in städtischem Wohneigentum die Ablösung noch vorhandener Ofenheizungen durch modernere Heizungen zu prüfen. Im übrigen wird die Thematik in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.	

4.5 Sonstiges

4.5.1 Anschreiben zweite Bürgerbefragung zum Grundwasserbegrenzungsmodellen (CDU / SPD)

Bürgermeister Heinz Josef Dick teilt mit, dass sich im Zuge der ersten Bürgerbefragung immer noch Nachzügler sich bei der Stadt meldeten.

Ausschussmitglied Marc Venten zieht in der Folge den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD zurück.

4.5.2 Einstellung Ausgabemittel 2011 für Modell / Erftverband (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich nach dem Beginn der städtischen Zahlungen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass die Verträge mit dem Erftverband noch abgewartet werden müssten, um eine konkretere Aussage treffen zu können. Dies sei voraus-

sichtlich in der Ratssitzung Ende März möglich, in der dann auch die Finanzierungsmittel für den städtischen Anteil bereitgestellt werden könnten.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen sieht die Gefahr, dass Bürger, welche bereits ihre Zustimmung zum Grundwassermodell des Erftverbandes signalisiert haben, kurzfristig noch abspringen könnten. In diesem Fall wäre der in den Verträgen genannte Betrag schließlich hinfällig.

Bürgermeister Heinz Josef Dick äußert seine Zuversicht, dass die Bürger, welche bereits zugestimmt haben, nicht mehr abspringen würden.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff ergänzt, dass die mit den Bürgern abgeschlossenen Verträge ohnehin nur wirksam würden, wenn der ortsteilspezifische Schwellenwert erreicht werden sollte.

Es erfolgt hierzu keine Abstimmung.

4.5.3 Ansatz Feuerwehrgerätehaus (FGH) Glehn streichen, dafür Anfinanzierung FGH Pesch (Die Aktive)

Mit Verweis auf den Brandschutzbedarfsplan wird dieser Antrag vertagt.

4.5.4 Einheitliche Aufwandsentschädigung Feuerwehr bei 24-Stunden-Bereitschaft (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell begründet den Antrag Die Aktive, den Löschzügen, welche eine 24-Stunden-Bereitschaft leisten müssen, eine einheitliche zusätzliche Aufwandsentschädigung zu gewähren.

Beigeordneter Rudolf Graaff äußert sich dahingehend, dass zunächst bezüglich des TLF die einjährige Bewährungszeit abgewartet werden sollte und Mittel erst in 2012 eingestellt werden könnten.

In der Folge wird über diesen Antrag nicht abgestimmt.

4.5.5 Zuschüsse Kameradschaftskasse Feuerwehr als pauschalierter Auslagenansatz (Die Aktive)

Beigeordneter Rudolf Graaff verspricht diesbezüglich Prüfung und Bericht, wenn der Brandschutzbedarfsplan vorliegt.

In der Folge wird über diesen Antrag nicht abgestimmt.

4.5.6 Aktuelle Prüfung und Machbarkeit Übertragung Kitas an Rhein-Kreis Neuss (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen macht deutlich, dass der vorgenannte Antrag aufgrund aktueller Informationen nun neu gestellt werde.

Ausschussmitglied Albert Richter sieht grundsätzliche Probleme bezüglich der Übertragung der Trägerschaft der Kitas an den Kreis. Die SPD präferiere weiterhin eine städtische Trägerschaft.

Ausschussmitglied Marc Venten spricht sich ebenfalls für den Erhalt des Status Quo aus.

Beschluss-Nr. VIII/334.25	Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der FDP, eine aktuelle Prüfung und Machbarkeit der Übertragung von Kindergärten an den Rhein-Kreis Neuss anzustellen, bei Ja-Stimmen der Aktiven und der FDP, ab.	

4.5.7 Grundwasser (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt klar, dass dieser Antrag zurückgezogen wird. Er weist auf den Informationsbedarf der Bürger bezüglich der Grundwasserthematik hin und stellt die Durchführung eines Meditationsverfahrens zur Diskussion.

Ausschussmitglied Marc Venten hält ein Meditationsverfahren für nicht praktikabel. Außerdem sehe er die von Wolfgang Houben vorgetragene Streitpunkte nicht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick spricht sich gegen die Durchführung eines Meditationsverfahrens aus. Er sei jedoch dazu bereit, weiteren Info-Veranstaltungen für Bürger beizuwohnen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zurückgezogen.

4.5.8 Digitale Ratsinformation (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erläutert das Erfordernis, Informationen für Ratsmitglieder bzw. Fraktionen in digitaler Form zur Verfügung zu stellen. Hieraus würde, so führt er weiter aus, eine Ersparnis für die Stadt resultieren. Selbst die Versorgung jedes Ausschuss- bzw. Ratsmitgliedes mit Laptop während der Sitzungen würde sich als wirtschaftlicher erweisen, als diese Informationen ausschließlich in Papierform zugänglich zu machen. Er plädiert dafür, zumindest der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag zu erteilen.

Ausschussmitglied Marc Venten sieht den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen als nicht praktikabel an.

Ausschussmitglied Albert Richter will ebenfalls nicht auf Ratsinformationen in Papierform verzichten. Des Weiteren führt er an, dass alle Einwohner die gleichen Voraussetzungen der Informationsbeschaffung haben sollten.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell regt eine diesbezügliche Diskussion im Ältestenrat an.

Daraufhin sichert Bürgermeister Heinz Josef Dick zu, dieses Thema im Ältestenrat anzusprechen.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme, Bernd Makowiack, schlägt vor, dass die Fraktionen selber entscheiden könnten, ob sie Papier verwenden oder nicht.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben hält die jetzige Vorgehensweise, sämtliche Informationen in Papierform zu erstellen für nicht mehr zeitgemäß.

Beschluss-Nr. VIII/334.26	Abstimmungsergebnis: 3 Stimmen dafür 12 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, Informationen für Ratsmitglieder/Fraktionen nur elektronisch zu verteilen bzw. zentral bereitzustellen, bei 3 Ja-Stimmen von Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen sowie 1 Stimmenthaltung von FDP, ab.	

4.5.9 Hundesteuer (Bündnis 90/Die Grünen)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert hierzu, dass von den acht Städten und Gemeinden des Rhein-Kreises Neuss zurzeit vier eine Steuer für gefährliche Hunde und drei eine Steuer für Hunde bestimmter Rassen erheben. Im Vergleich zum Kreis hätte die Stadt Korschenbroich einen relativ hohen Hundesteuersatz. Im Übrigen sei die Anzahl der betroffenen Hunde bzw. Hundebesitzer mit ca. 10 Hunden so gering, dass sich der Aufwand einer diesbezüglichen Steuererhöhung um 25 % nicht lohnen würde.

Ausschussmitglied Peter Berger stellt klar, dass er keinen Bedarf sehe, die Hundesteuer für 10 Hunde zu ändern.

Beschluss-Nr. VIII/334.27	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich lehnt den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen, die Steuer für gefährliche Hunde und Hunde besonderer Rassen um 25 % zu erhöhen, bei 1 Ja-Stimme Bündnis 90/Die Grünen und 2 Stimmenthaltungen von Die Aktive, ab.	

4.5.10 Schullandschaft (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausschussmitglied Wolfgang Houben fordert eine öffentliche Diskussion hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Schullandschaft in Korschenbroich.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass man zunächst die Entwicklung der Schullandschaft abwarten und unnötige Diskussionen abwenden solle. Insbesondere könnten durch Wechsel der Landesregierungen unvorhersehbare Veränderungen in der Gesetzeslage eintreten.

Ausschussmitglied Jutta Goebel berichtet, dass der Arbeitskreis Demographischer Wandel das Thema Schullandschaft bereits auf ihrer Agenda habe.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt klar, dass er erst dann Handlungsbedarf sehe, wenn die Schülerzahlen tatsächlich sinken.

Ausschussmitglied Peter Berger weist den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen dem Schulausschuss zu.

In der Folge wird der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen nicht zur Abstimmung gestellt.

Beschluss-Nr. VIII/334	Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
<p>4 a) Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei einer Stimmenthaltung von Bündnis 90/Die Grünen, die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 in der vorliegenden Fassung, unter Berücksichtigung der vom Hauptausschuss beschlossenen Änderungen, mit Haushaltsplan und Anlagen, zu beschließen.</p> <p>Zur Haushaltsausführung empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat, folgende Ansätze im investiven Bereich zu sperren:</p> <ul style="list-style-type: none">- Produkt 08.01.20 – Sportfreianlagen: 150.000,00 € zur Finanzierung eines weiteren Kleinspielfeldes- Produkt 12.01.10 – Neubau von Verkehrsflächen: 100.000,00 € für den Ausbau des nördlichen Teils der Novalisstraße- Produkt 05.01.10 – Leistungen für Senioren: 2.600,00 € zur Finanzierung der Beförderungskosten von Senioren zur Altentagesstätte Kleinenbroich. <p>Darüber hinaus empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat zur Haushaltsausführung und zur Fortschreibung des Finanzplanes folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none">- Die Verwaltung wird beauftragt, ein stadtplanerisches Konzept für die Weiterentwicklung des Ortsteils Kleinenbroich aus den im Haushaltsplan eingestellte Planungsmitteln zu entwickeln und vorzulegen.- Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuschussbedarf für die Förderung der Kulturveranstaltungen in Höhe von 120.000,00 € und den Zuschussbedarf für den Bereich Naturschutz- und Landschaftspflege in Höhe von 36.000,00 € für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung festzuschreiben.	

4 b) Beratungen über die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Ausschussmitglied Peter Berger führt aus, dass die in dieser Hauptausschusssitzung beschlossenen Einsparungen im Haushaltssicherungskonzept entsprechend einbezogen werden sollten.

Beschluss-Nr. VIII/334	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
4 b) Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, bei 2 Nein-Stimmen von Die Aktive sowie 1 Stimmenthaltung (Bündnis 90/Die Grünen), das Haushaltssicherungskonzept 2010 in der Fassung der 1. Fortschreibung unter Berücksichtigung der beschlossenen Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen in Höhe von 85.024,00 € zu beschließen.	

5. Stellen- und Organisationsplan 2011 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. VIII/331	Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich bei 2 Nein-Stimmen von Die Aktive, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschenbroich für das Haushaltsjahr 2011 sowie die Stellenpläne 2011 für den Städtischen Abwasserbetrieb Korschenbroich und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen. Der Stellen- und Organisationsplan ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.	

6. Umsetzung des Grundwasserkappungsmodells hier: Bürgerverträge zur anteiligen Finanzierung der Grundwasserkappungsmaßnahmen

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert die Sitzungsvorlage der Verwaltung hinsichtlich des Grundwasserkappungsmodells.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff ergänzt, dass die Regelungen der Stadt mit dem Erftverband mittelbare Auswirkungen auf das Verhältnis Stadt – Bürger hätten. Anschließend erklärt er die beiden in der Sitzungsvorlage genannten Abrechnungsvarianten des Erftverbandes. Diesbezüglich stellt er heraus, dass Zahlungen der Bürger, die über den vom Erftverband kalkulierten liegen, in 10 Jahren von der Stadt erstattet werden könnten. Dies sei die Abrechnungsvariante 2 des Erftverbandes.

Ausschussmitglied Albert Richter favorisiert die Abrechnungsvariante 2 des Erftverbandes. Die Ermittlung eines Festbetrages sollte für Klarheit bei den Bürgern sorgen.

Ausschussmitglied Marc Venten befürwortet ebenfalls die Variante 2 des Erftverbandes und stellt insbesondere die Risikominimierung aus Sicht der Stadt in den Vordergrund.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich, welcher Betrag letztendlich in den Verträgen mit dem Bürger reingeschrieben werden sollte.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff entgegnet, dass zunächst die wesentlichen Vertragsparameter feststehen müssten. Am Ende der 10-jährigen Laufzeit könne ggf. anteilig zurückgezahlt werden.

Beschluss-Nr. VIII/349	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschließt einstimmig, die Kosten für die Durchführung der Grundwasserkappingsmaßnahmen in den Ortsteilen Kleinenbroich, Raderbroich, Pesch und Herrenshoff nach Maßgabe der in der Sitzungsvorlage näher erläuterten Variante 2 mit dem Erftverband abzurechnen.</p> <p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt ebenfalls einstimmig dem der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 7 beigefügten Entwurf für die Verträge zwischen der Stadt und den Bürgern zur Finanzierung der Grundwasserkappingsmaßnahmen in den oben genannten Ortsteilen zur Kenntnis.</p>	

7. **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

8. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Es liegen keine Anfragen vor.